

Irak – Alltag mit Krieg und Terror

Auch elf Jahre nach dem Sturz Saddam Husseins kommt der Irak nicht zur Ruhe. Zwar ist der Kampf um die Macht in Bagdad entschieden, seitdem der schiitische Ministerpräsident Nouri Kamal al-Maliki den Staatsapparat kontrolliert, doch kurdische Autonomie und sunnitische Aufstandsversuche bedrohen die Einheit des Iraks. Al-Maliki hat seine achtjährige Amtszeit genutzt, um die Macht zu monopolisieren. Er kann seinen autoritären Herrschaftsstil durchhalten, weil er die gewaltigen Öleinnahmen des Landes weitgehend kontrolliert und für seine Politik und den Unterhalt eines aus 700.000 Soldaten, Polizisten und Geheimdienstmitarbeitern bestehenden Sicherheitsapparat nutzen kann.

Doch al-Malikis politischer Einfluss bleibt beschränkt. Als Ministerpräsident konnte er weder die Kurden noch die Sunniten für ein stabiles Bündnis gewinnen und war auch nicht in der Lage, einen Beitrag zur Entwicklung einer neuen politischen Kultur zu leisten und Grundlagen für die Entstehung einer Zivilgesellschaft zu schaffen. 2013 entwickelte sich eine neue Protestbewegung der Sunniten, die den Irak an den Rand eines Bürgerkrieges brachte. Zwar konnte die Regierung in Bagdad die Unterstützung einiger Stammesführer im Nordwesten des Landes gewinnen, doch gelang es ihr nicht, die politischen Probleme mit den Sunniten durch Verhandlungen zu lösen.

Wegen der Monopolisierung der Macht verlor al-Maliki die Unterstützung wichtiger Stammesführer und die Kontrolle über einige Gebiete im Nordwesten des Landes. Damit wurde auch der Irak zum Schauplatz des sunnitisch-schiitischen Konflikts, der seit dem vorläufigen Scheitern des Arabischen Frühlings immer größere Teile des Mittleren Ostens erfasst. Die von der Regierung kontrollierte Presse des Landes versuchte, die Sunnitenrevolte als eine Offensive al-Qaidas darzustellen, um die Fehler al-Malikis zu verschleiern.

Während die sunnitischen Aufständischen von Saudi-Arabien unterstützt werden, erhält die schiitische Regierung in Bagdad Rückendeckung aus dem Iran. Nach dem Abzug der US-Streitkräfte aus dem Irak Ende 2011 hat der iranische Einfluss stetig zugenommen. Die USA ha-

ben ihre Möglichkeiten, die Politik im Irak zu beeinflussen, nahezu völlig verloren. Seit dem Rückzug der Truppen besteht die Zusammenarbeit vor allem im Bereich von Waffenlieferungen und dem Austausch von Geheimdienstkenntnissen. Die Bedeutung des Irans ist dagegen gewachsen. Die Islamische Republik finanziert sogar irakische Schiitenkommandos, die nach Syrien geschickt werden, um für die dortige Regierung gegen die Aufständischen zu kämpfen. Ein großer Teil der iranischen Unterstützung für die Regierung Assad wird über Irak abgewickelt. Al-Maliki konnte die Macht monopolisieren, weil er die schiitischen Konkurrenten und sunnitischen Widersacher ausmanövrierte. 2006 wurde er als Kompromisskandidat erstmals vom Parlament zum Ministerpräsidenten gewählt. Unterschiedliche schiitische politische Organisationen wurden von al-Maliki während seiner ersten Amtszeit (bis 2010) in den Regierungsapparat integriert. Der Iran half ihm bei der Konsolidierung der Macht und nutzte den Einfluss auf andere Schiitenfraktionen, um seine Stellung als Ministerpräsident zu festigen. Mit den Kurden entwickelte al-Maliki ein taktisches Bündnis. Deren Abgeordnete haben ihn 2006 und 2010 gewählt. Mit Staatspräsident Jalal Talabani stellten sie seit 2005 den Staatspräsidenten. Zudem erhielten Kurden Ministerposten und ihre Regionalregierung in Erbil 17 Prozent der Öleinnahmen. Mit dieser Kooperation sicherte sich al-Maliki bereits seine Wiederwahl im Dezember 2010.

In die zweite Amtszeit als Ministerpräsident fiel der Bruch mit den Sunniten. Um sich deren Unterstützung bei seiner Wiederwahl 2010 zu sichern, ging al-Maliki im Dezember einen Kompromiss mit dem Wahlbündnis Iiraqiya ein, das die Interessen der Sunniten im Parlament vertritt. Iiraqiya-Spitzenkandidat Ayad Allawi stimmte einem Kompromiss für eine Regierungsbeteiligung zu. Nach seinen Aussagen wurde vereinbart, dass Iiraqiya-Mitglieder elf der 38 Ministerposten erhalten und sowohl den Innen- als auch den Verteidigungsminister stellen. Allawi selbst sollte Vorsitzender eines strategischen Rates werden, dessen Bildung die US-Regierung zur Lösung der innenpolitischen Pattsituation zwischen Sunniten und Schiiten bei der Regierungsbildung vorgeschlagen hatte. Nach seiner Wahl setzte Maliki die Vereinbarung jedoch nicht um, wagte den Bruch mit Iiraqiya und übernahm das Innen- sowie Verteidigungsministerium zusätzlich in Personalunion.

Diese Machtfülle hat er seither systematisch ausgebaut. Politiker der Sunniten werfen Maliki vor, auf ihre Kosten ein schiitisches Machtmö-

nopol zu bilden. Bereits Wochen nach dem Beginn der zweiten Amtszeit Malikis erschienen in der irakischen Presse Berichte über Geheimgefängnisse. Dem Ministerpräsidenten sind sechs Geheimdienste und die Elitetruppen unterstellt. Diese Machtinstrumente hat er jeglicher juristischer Kontrolle entzogen. Im Generalstab der Armee positionierte Maliki Parteigänger. Er entmachtete das Parlament schleichend und schränkte die Befugnisse der Justiz ein.

Während der Zuspitzung des Konflikts zwischen der Regierung und den Sunniten 2013 konnte der Ministerpräsident sich bereits auf einen ihm völlig unterworfenen Sicherheitsapparat stützen. Gestärkt durch diese Machtfülle suchte al-Maliki keinen Kompromiss mit den sunnitischen Stammesführern und Politikern, die die Nordwestprovinz Anbar zunehmend kontrollieren. Kommandogruppen der Terror-Organisation „Islamischer Staat im Irak und Syrien“ (ISIS) nutzten den Konflikt, um die Gegner der Regierung zu unterwandern und neue Mitglieder zu rekrutieren.

Systematisch hatte die ISIS sich auf diese Eskalation vorbereitet. Monate nach dem Abzug der US-Truppen wurden aus den großen irakischen Gefängnissen etwa 600 führende und einfache Mitglieder befreit. Diesen erfahrenen Kämpfern gelang innerhalb weniger Monate im Nordwestirak der Wiederaufbau der Verbände der Terrororganisation, die al-Qaida nahesteht. Es wäre falsch die ISIS als deren Unterorganisation zu bezeichnen, weil al-Qaidas Führer Aiman az-Zawahiri diese in Syrien und dem Irak operierende Gruppe nicht als Teil seines Netzwerkes anerkannt hatte.

Als al-Maliki begann, die Sunnitenrevolte im Nordwesten des Iraks militärisch zu zerschlagen, kam der erneute Aufstieg der ISIS-Verbände. Sie beteiligten sich daran, die von der Regierung kontrollierten Polizei- und Armeeeinheiten aus den Städten Ramadi und Falluja zu vertreiben. In der Zeit der Herrschaft des US-Militärverwalters Paul Bremer über den Irak (2003–2004) hatte al-Qaida erstmals ein sicherheitspolitisches Vakuum und die Zerrüttung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse genutzt, um in den Sunnitenregionen des Nordwestiraks Fuß zu fassen. Einige Mitglieder der Terrororganisation, die wegen des Krieges aus Afghanistan geflohen waren, hatten vor dem Sturz Saddam Husseins in Irakisch-Kurdistan nahe der iranischen Grenze außerhalb des Herrschaftsbereichs des irakischen Diktators Unterschlupf gefunden und dort eine Terrororganisation aufgebaut.

Bei seiner Offensive gegen die rebellierenden Sunniten mobilisierte Regierungschef al-Maliki im Januar 2014 die Sicherheitskräfte und versprach allen Angehörigen sunnitischer Milizen, die sich am Kampf gegen die Aufständischen beteiligten, geregelte Zahlungen und eine spätere Übernahme in Armee- und Polizeieinheiten. Doch ähnliche Versprechen hat al-Maliki in den vergangenen Jahren nicht eingehalten und auch damit Tausende von Angehörigen sunnitischer Milizen verprellt, die an ihre Aufnahme in den Sicherheitsapparat glaubten, weil sie die Terrorkommandos aus den Stammesgebieten vertrieben hatten. Insgesamt haben 100.000 Stammeskrieger ab 2005 gegen Terrorkommandos gekämpft und diese besiegt.

Ähnlich wie während des Bürgerkrieges 2006 wird der Ministerpräsident langfristig in der Lage sein, Aufstände der Sunniten zu zerschlagen, die Einheiten von Terrororganisationen zurückzudrängen und damit einen erneuten Bürgerkrieg abzuwenden. Zwar forderten Anschläge und Kämpfe allein im Januar 2014 eintausend Tote, aber danach war diese Welle der Gewalt wieder rückläufig. Damit zeichnet sich kein erneutes Aufbrechen des Bürgerkrieges ab. Zum einen haben die Iraker Angst vor neuem Leid, und außerdem haben die Vertreibungen Andersgläubiger von 2005 bis 2007 dazu geführt, dass es immer weniger Gebiete gibt, in denen Sunniten und Schiiten zusammenleben. Selbst Schiitenmilizen, die sich seit Januar 2014 neu formiert haben, erklärten, alles zu unterlassen, was zum Ausbruch eines Bürgerkrieges führen könne.

Doch mit al-Malikis Weigerung, Sunniten Schlüsselstellungen im Sicherheitsapparat, in der Verwaltung und in den Ministerien zu übertragen, wird ein Ende der Spannungen zwischen Sunniten und Schiiten und deren friedliches Zusammenleben im Irak auf lange Sicht verhindert. Al-Maliki kann sich eine derartige Politik der Kompromisslosigkeit leisten, solange er vom Iran unterstützt wird und die Regierung in Teheran in ihm einen Bündnispartner gegen Saudi-Arabien sieht. Erst eine Lösung des Konflikts zwischen den USA und dem Iran dürfte deshalb zu einem Abbau der Spannungen im Irak führen.

Mit dem Sturz Saddam Husseins haben die USA die Verdrängung der Sunniten aus der Staatsführung eingeleitet und den Schiiten den Aufstieg an die Schaltstellen der Macht ermöglicht. Für die Besatzungsmacht war es nicht bedeutsam, eine nationale Versöhnung zu fördern und die Spannungen abzubauen. Je größer die Sicherheitsprobleme der US-Streitkräfte wurden, desto mehr haben sie versucht, den Konflikt

zwischen Sunniten und Schiiten für sich zu nutzen. Militärisch hatten sich die USA in eine Sackgasse laviert und damit dem Iran in die Hände gearbeitet. Gleichzeitig haben die USA weder ihre Macht noch ihren Einfluss genutzt, den wirtschaftlichen Wiederaufbau des Iraks zu beginnen oder gar den Neuaufbau von Industrien zu planen.

Auch nach der Übernahme der Kontrolle des Landes durch eine irakische Regierung änderte sich daran nur sehr wenig. Manufakturen und während der Herrschaft Saddam Husseins vorhandene staatliche Betriebe waren weitgehend zusammengebrochen. Der von der Weltwirtschaft abgeschnittene Irak erlebte eine Importschwemme, die zum Niedergang der einheimischen Betriebe beitrug. Mit der Abschaffung der Zölle und der Privatisierung von Staatsbetrieben hatte der US-Verwalter ein beispielloses Wirtschaftschao ausgelöst. Seine Privatisierungsbemühungen blieben ein Fehlschlag. Die meisten der noch vorhandenen Kleinbetriebe mussten schließen, weil sie mit den Billigimporten aus China nicht konkurrieren konnten.

Al-Qaida nutzte den Einmarsch der ausländischen Truppen und das Wirtschaftschao, um im Irak neue Strukturen aufzubauen und die innenpolitischen Spannungen durch Anschläge anzuheizen. Statt der geplanten Demokratie entwickelte sich im Lande ein Bürgerkrieg (2005–2007), in dem etwa 200.000 Menschen getötet wurden. Vor allem die gigantischen Öleinnahmen, über die das Land mittlerweile wieder verfügte, ermöglichten den US-Streitkräften den Rückzug aus dem Irak, ohne ein Land zu hinterlassen, das völlig zusammengebrochen war. Präsident Obama versuchte bei seinen Dankesworten an die im Irak eingesetzten Angehörigen der Streitkräfte Ende 2011 den US-Krieg sogar als Erfolg darzustellen, weil die Truppen „einen souveränen, stabilen und selbstständigen Irak“ hinterließen.

Dass Obama bei seiner Ansprache in Fort Bragg die Weltöffentlichkeit irreführte, war schon am 14. Dezember 2011 absehbar. Denn die irakische Regierung nutzte die Öleinnahmen, um im Schnellverfahren vor allem den Sicherheitsapparat zu stabilisieren und zu unterhalten. Mit Gewalteintritt wurde ein System von Korruption gesichert und das Auseinanderbrechen des Iraks in schiitische, arabisch-sunnitische und kurdische Teile verhindert. Schon damals war klar, dass Ministerpräsident al-Maliki sich nicht an politische Absprachen hält und Geheimdienste und Justiz nutzt, um politische Gegner und Kritiker auszuschalten.

Junge Iraker hatten seit 2003 eine Beschäftigung im neu entstehenden Sicherheitsapparat oder bei hunderten von privaten Sicherheitsfirmen gefunden, die Monatslöhne zwischen 400 und 800 US-Dollar und damit mindestens das Doppelte wie irakische Betriebe zahlten. Das Scheitern der USA lag auch darin begründet, dass alle Staaten der Region sich daran beteiligt hatten, den Aufbau demokratischer Strukturen zu verhindern. Insbesondere Saudi-Arabien und der Iran hatten kein Interesse an einem möglichen Erfolg der USA bei der Schaffung stabiler Strukturen in ihrem Nachbarland. Für irakische Terrorgruppen waren saudische Freiwillige höchst willkommen, da sie vielfach den gleichen Stämmen angehörten, die im Nordwestirak ansässig sind. Dabei reisten die saudischen Aktivisten über Syrien in den Irak ein.

Einige von ihnen wurden im Irak zu Selbstmordattentätern ausgebildet und bei Anschlägen auf Schiiten eingesetzt. Selbstmordanschläge hatte es im Irak bis dahin nicht gegeben. Sie wurden von der Bevölkerung aus Glaubensgründen abgelehnt. Saudische Staatsbürger, die in den Irak gereist waren, um einen Anschlag zu begehen, mussten an die Terrorgruppen für ihre Ausbildung vor dem Attentat 2.000 US-Dollar zahlen. Einen ähnlich großen Betrag erhielten die Angehörigen von irakischen Attentätern. So wurde denen die Entscheidung für den eigenen Tod erleichtert, weil sie mit ihrem Anschlag das Elend ihrer Familie etwas mildern konnten. Seit dem Sommer 2013 haben Terrorgruppen eine neue Anschlagserie gestartet, um die innenpolitischen Spannungen anzuheizen.

Wie stark die irakische Gesellschaft durch den Einmarsch der US-Truppen erschüttert wurde, verdeutlicht die hohe Anzahl der Flüchtlinge. Bis Ende 2007 wurden insgesamt 4,7 Millionen Menschen vertrieben. Davon lebten nach Angaben der Vereinten Nationen 2,7 Millionen im eigenen Land und zwei Millionen flohen in die Nachbarstaaten. Ohne den Angriff der USA und ohne die völlige Auflösung der alten irakischen Sicherheitskräfte wäre es zwischen 2005 und 2007 nicht zum Bürgerkrieg gekommen. In den Augen der Iraker tragen die USA die entscheidende Verantwortung für ihr Leiden, weil die fremde Macht ihr Scheitern verschleiern und ihren Einfluss im Irak mit einem aufgeblähten Sicherheitsapparat sichern wollte. Bis 2006 finanzierten die USA dessen Aufbau. Seitdem konnte die Regierung in Bagdad diese Strukturen zunehmend aus steigenden Öleinnahmen finanzieren.

Wie zur Zeit der Herrschaft der Baath-Partei und der Diktatur Saddam

Husseins werden die staatlichen Ölgesellschaften mit absolutem Vorrang gefördert. Der Irak ist nach Venezuela, Kanada und Saudi-Arabien das ölreichste Land der Welt. Wegen der anhaltend hohen Ölpreise steigen die Einnahmen stetig. Doch die Versorgung eines großen Teiles der Bevölkerung bleibt unverändert schlecht. Strom und Wasser gibt es in den Großstädten nur stundenweise. Elf Jahre nach dem Sturz Saddam Husseins ist immer noch gut die Hälfte der Industriebetriebe geschlossen. In Bagdad und den großen Städten des Südens wird gleichzeitig der Ölreichtum des Landes sichtbar. Die Basare sind mit importierten Gütern überschwemmt. Durch die Verteilung der Öleinnahme an Staatsangestellte und Gefolgsleute der an der Macht beteiligten Gruppen wird diesen ein hoher Konsum ermöglicht.

Schätzungen der irakischen Ölreserven ergeben immer größere Vorräte. Vor allem die gewaltigen Lager im Süden des Landes sind leicht zu erschließen. Deshalb werden die irakischen Ölexporte in den kommenden Jahren weiter steigen. Genaue Prognosen sind nicht möglich, weil das Parlament in Bagdad auch elf Jahre nach dem Sturz keine Gesetze zur Ölpolitik verabschiedet hat. Gleichzeitig fehlt der Regierung das Interesse, genaue Zahlen zu veröffentlichen, weil damit ihre Einnahmen überprüft, die Ausgaben kontrolliert und die Bestechungen schwieriger vertuscht werden könnten.

Seit 2009 steigen die Ölexporte des Iraks nahezu gleichmäßig. Das angestrebte Ziel, täglich fünf Millionen Barrel zu verkaufen, wird jedoch erst später als geplant (nicht bis 2015) erreicht werden können. Al-Maliki hatte im Wahlkampf sogar eine Steigerung auf zwölf Millionen Barrel am Tag angekündigt, womit der Irak neben den USA zum weltweit führenden Ölproduzenten aufsteigen würde. Bereits 2008 flossen mindestens 100 Milliarden US-Dollar in die Staatskasse. Mit den hohen Öleinnahmen lässt sich auch die ausufernde Korruption erklären. Die staatliche Kontrolle der Ölfelder, der Ölförderung und des Ölverkaufs erleichtert Politikern den Zugriff auf die Einnahmen.

In einer Reihe von Auktionen übertrug die Regierung seit Juni 2009 die Förderung auf den einzelnen Ölfeldern Firmen aus aller Welt. Unternehmen, die den geringsten Preis für die Förderung eines Barrels boten, erhielten den Auftrag. Bereits im Januar 2009 hatte das Ölministerium mit einer chinesischen Firma einen bereits während der Herrschaft Saddam Husseins abgeschlossenen Vertrag erneuert. Bei den Auktionen sicherten sich chinesische Firmen weitere Aufträge. Damit fördern sie den

größten Teil des irakischen Öls. US-Konzerne haben von der politischen Vormachtstellung ihres Landes im Irak im Ölsektor nicht profitiert.

Sie engagieren sich wie weitere Firmen westlicher Staaten verstärkt bei der Ausbeutung der in der Kurdenregion neu erschlossenen Ölfelder und am Transport des Öls durch eine neue Pipeline in die Türkei. Damit haben die USA den Einmarsch in den Irak nicht genutzt, um die Ölindustrie des Landes zu kontrollieren. Genau diese Absicht hatten viele der Gegner des Krieges gegen Saddam Hussein der US-Regierung unterstellt. Ob der geringe Einfluss auf die irakische Ölpolitik auf das Scheitern der USA im Irak oder auf politische Zurückhaltung zurückzuführen ist, spielt aus der Rückschau keine große Rolle, da sich die US-Interessen gegenüber den Ölvorkommen des Mittleren Ostens in den vergangenen Jahren gewandelt haben.

Waren die USA bis zum Jahre 2000 in der Lage, den Ölpreis auf den internationalen Märkten zu senken, so verloren sie diese Fähigkeit mit der Einbuße ihrer absoluten globalen Vormachtstellung seit dem Jahre 2000. Bereits der Irak-Krieg mit dem Ausfall der Exporte des Landes und auch der Ausfall der libyschen Exporte im Februar 2011 haben die Preise auf dem Weltmarkt nicht mehr nachhaltig beeinflusst. Zudem büßt Saudi-Arabien seine Fähigkeit ein, durch schnelle zusätzliche Lieferungen den Ölpreis zu dämpfen. Außerdem ist die saudische Regierung hierzu immer seltener bereit. Damit sind die hohen Preise vor allem durch das knappe Angebot sowie die steigende weltweite Nachfrage zu erklären.

Außerdem wird in den USA daran gearbeitet, die Förderung im eigenen Lande zu steigern und den Ölbedarf zu senken. So haben sich die Grundlagen der US-Ölinteressen verschoben. Auch als Ölimportland haben die USA ihre Bedeutung verloren. Im Oktober 2013 wurden sie durch China als weltgrößter Importeur abgelöst. Vor diesem Hintergrund sind die USA nicht mehr an niedrigen Ölpreisen interessiert und ihr Interesse, den Ölmarkt zu kontrollieren, hat abgenommen. Da die Förderung zusätzlichen Öls in den USA durch das Aufbrechen ölhaltiger Gesteinsschichten sehr aufwendig und damit teuer ist, bringen hohe Ölpreise den USA anders als vor dem Irak-Krieg zunehmende Vorteile. China muss gewaltige Devisenbeträge aufbringen, um den Ölbedarf zu decken, und in den USA lohnt sich der Einsatz neuer Technologien, die den Förderpreis für einen Barrel neuen heimischen Öls bis auf 85 US-Dollar haben steigen lassen. Somit entspricht ein langsames

Wachstum der irakischen Ölexporte durchaus US-Interessen. Gleichzeitig erklärt sich damit auch der zunehmende Rückzug der USA aus dem Mittleren Osten, der nach wie vor die weltgrößten Ölvorkommen beherbergt, auch wenn Venezuela und Kanada größere Ölvorräte als Saudi-Arabien besitzen. Den USA fehlt das Interesse an einer schnellen Steigerung der Ölexporte der Staaten im Mittleren Osten.

Damit wird die Regierung in Bagdad Zusagen für und Hoffnungen auf eine schnelle Verbesserung der Lebensverhältnisse aller Bürger nicht einhalten können. So liegen bis heute Reichtum und Elend im Irak dicht beieinander. Nach UN-Angaben waren im Irak Mitte 2013 jedes vierte Kind und insgesamt sechs Prozent der Bevölkerung unterernährt. Wer nicht beim Staat arbeitet oder in Handel und Landwirtschaft tätig ist, hat Probleme, sich durchzuschlagen. Eine eigene Familie können viele nur ernähren, weil Verwandte helfen. Diese sozialen Spannungen verstärken die politischen Konflikte.

Hoffnungen auf einen demokratischen Aufbruch und politische Reformen zerbrachen endgültig am 25. Februar 2011. In der Zeit des Arabischen Frühlings versammelten sich Zehntausende und versuchten, an diesem Tag in Bagdad und in anderen Städten des Landes für politische Änderungen zu demonstrieren. Unterschiedliche Gruppen und Intellektuelle hatten im Internet und mit SMS zu einem „Tag des Zornes“ und Protesten gegen die Regierung aufgerufen. Vor allem junge Menschen – Schiiten, Sunniten und Christen – zogen in Bagdad zum Freiheitsplatz und riefen Parolen gegen Korruption und für Arbeit. Bereits im Vorfeld der Demonstration hatte die Regierung für Bagdad ein Fahrverbot verhängt und die Menschen aufgefordert, zu Hause zu bleiben.

Mit Knüppeln und Tränengas überfielen Polizisten die Demonstranten und trieben sie auseinander. In einigen Straßen wurde auf die Kritiker der Regierung geschossen. Selbst Hubschrauber waren im Einsatz. Allein in Bagdad nahmen die Einsatzkommandos der Regierung 300 Demonstranten fest. Viele von ihnen wurden geschlagen und gefoltert. Am „Tag des Zorns“ starben im ganzen Irak mindestens 25 Demonstranten. Die Regierung unterdrückte Versuche, eine alle Religions- und Volksgruppen einschließende Oppositionsbewegung zu bilden. Damit wurde eine mögliche Einigung Oppositioneller unterschiedlicher Herkunft und Überzeugung gleich zu Beginn verhindert.

Viele Anzeichen sprechen dafür, dass es sich bei der Monopolisierung der Macht durch Ministerpräsident al-Maliki um den Beginn einer neu-

en Diktatur handelt. Es ist zu bezweifeln, dass die nach dem Sturz Saddam Husseins gelegten schütterten Fundamente einer Demokratie stabil genug sind, einen Machtwechsel zu ermöglichen. Die irakische Verfassung überträgt dem Parlament die Aufgabe, einen neuen Ministerpräsidenten zu wählen. Aber es ist sehr unwahrscheinlich, dass die Parlamentswahlen 2014 zu neuen Machtkonstellationen führen. Sollte es in den kommenden Jahren aber keinen Regierungswechsel geben, werden im Irak auch künftig politische Änderungen wie in der Vergangenheit wieder gewaltsam erfolgen.